

Inhaltsverzeichnis

Gegenstand des Gutachtens und Gang der Untersuchung	V
Inhaltsverzeichnis	VII
A. Das europäisierte Verfahren der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln	1
I. Grundlagen	1
1. Das Pflanzenschutzrecht als europäisiertes Recht	1
2. Das (nationale) Zulassungsverfahren	2
3. Vorgaben für die Verfahrensdauer	3
II. Probleme in der aktuellen Anwendung	4
1. Die Vorprüfung	5
a) Verbuchung des Vorschusses	5
b) Vollzähligkeitsprüfung	6
c) Vollständigkeitsprüfung	6
2. Die Hauptprüfung	8
a) Verlängerung der Bearbeitungsfrist für den Fall der Anforderung von Nachlieferungen	8
b) Bürokratische und inflexible Verfahrensstufung hinsichtlich der Möglichkeit eines Nachreichens von Unterlagen	8
c) Ausgestaltung der Einbeziehung von Einvernehmens- bzw. Benehmensbehörden	9
d) Direkte Kontakte mit den beteiligten Behörden	10
3. Verzögerung in der Bearbeitung durch erneute Überprüfung der Wirkstoffdaten	10
4. Ausgestaltung der gesetzlichen Höchstfrist für Regelfälle als Mindestfrist	10
B. Die rechtliche Bewertung: Verstoß der derzeitigen Verwaltungspraxis gegen das Gebot zur zügigen Sachentscheidung	13
I. Das Gebot der Zügigkeit des Genehmigungsverfahrens	13
1. Der allgemeine Grundsatz der Zügigkeit des Verfahrens (§§ 10 Satz 2, 25 II VwVfG)	13
a) Die gesetzliche Konkretisierung des Kooperationsgebotes (§ 25 II VwVfG)	14
b) Antrags- und Sternverfahren als Ausfluss des Zügigkeitsgebotes	16
2. Das (europäisierte) Pflanzenschutzrecht	17
a) Die gesetzliche Festlegung der Bearbeitungsfrist	17
b) Die Fristhemmung	18
c) Konkretisierung des Kooperationsgebotes	19

3. Gemeinschafts- und verfassungsrechtliche Determinanten	19
4. Ausblick: Neuerungen durch die gemeinschaftsrechtliche PflanzenschutzVO	22
II. Rechtliche Würdigung der Verwaltungspraxis im Pflanzenschutzrecht	23
1. Die Vorprüfung	23
a) Verstoß gegen das Gebot der Unverzüglichkeit der Mitteilung	23
b) Die Zulässigkeit der Nichtanrechnung der Vorprüfung auf die Bearbeitungsdauer	25
c) Die Anforderungen an die vorzulegenden Unterlagen	25
2. Die Hauptprüfung	26
a) Die unzureichende Ausgestaltung des Konsultationsverfahrens	26
aa) Die unzureichende Regelung des Sternverfahrens.	27
bb) Der unzulässige Verzicht auf eine Antragskonferenz.	29
b) Die unzulässige Verzögerung der Anforderung von Nachlieferungen durch die 2. Zwischenmitteilung.	30
c) Die Behandlung unaufgefordert nachgereichter Unterlagen	31
d) Die unzulässige erneute Wirkstoffprüfung	33
3. Die Berechnung der Bearbeitungsfrist	34
a) Fristbeginn	34
aa) Tatsächliche Vollständigkeit	35
bb) Gewährung einer zusätzlichen (angemessenen) Prüffrist?	35
cc) Unverzügliche Mitteilung	38
dd) Bezugspunkt des Fristbeginns: „technische Vollständigkeit der Unterlagen“	38
b) Hemmung	39
aa) Voraussetzungen der Hemmung: Erforderlichkeit der Nachlieferung.	40
bb) Keine Hemmung bei unaufgefordert nachgereichten Unterlagen.	40
c) Die Unzulässigkeit von Fristverlängerungen.	41
4. Die unzulässige Ausgestaltung der Höchstfrist als Mindestfrist	43
C. Gesetzgeberische bzw. behördliche Maßnahmen zur Verfahrensbeschleunigung	45
I. Differenzierung der Bearbeitungsfristen.	46
II. Gesetzgeberische Regelung von Fristverlängerungen?	47
III. Nähere Regelungen zu Antrags- und Sternverfahren	48
IV. Verpflichtung zu Teilprüfungen	49
V. Genehmigungsfiktion.	49
VI. Behördenpräklusion, Beseitigung des Einvernehmens.	50
VII. Einführung eines Fast-Track-Verfahrens	51

D. Möglichkeiten des Antragstellers zur Hinwirkung auf eine Optimierung der Verfahrensgestaltung.	53
I. Gebrauch machen von der allgemeinen Beratungspflicht	53
1. Auskunft über die erforderlichen Unterlagen.	54
2. Auskunft über die voraussichtliche Verfahrensdauer	54
3. Einbeziehung der Konsultationsbehörden	54
4. Gerichtliche Durchsetzung des Auskunftsanspruches.	55
II. Beantragen einer Antragskonferenz.	55
III. Direkte Kontakte mit beteiligten Behörden	55
E. Rechtsschutzmöglichkeiten bei einer (erheblichen) Überschreitung der Höchstbearbeitungsfrist des § 15 III 3 PflSchG.	57
I. Untätigkeitsklage.	57
II. Amtshaftungsansprüche	58
F. Zusammenfassung	61
Anhang	65
I. Die Verfahrensbeschreibung des BLV	65
II. Die zitierten Vorschriften des Pflanzenschutz- und Arzneimittelgesetzes.	71
III. Die Pflanzenschutzrichtlinie	77
IV. Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Aufhebung der Richtlinien 79/117/EWG und 91/414/EWG des Rates (11119/8/2008 – C6-0326/2008 – 2006/0136(COD) – PflSchVO (Entwurf i. d. F. der 2. Lesung im Parlament v. 13.1.2009).	80
Literaturverzeichnis.	89